

Die Krise des Ökonomismus

20. Februar 2010

In der Schweiz ist es inzwischen ein klassischer Bestseller: Roger de Wecks Buch "Nach der Krise - Gibt es einen anderen Kapitalismus?", das Ende 2009 im Verlag Nagel & Kimche erschienen ist. Der Publizist, Volkswirt und ehemalige Chefredakteur der Zeit Roger de Weck begab sich Anfang Februar auf Tour, um im Gespräch mit Joschka Fischer sein Buch vorzustellen. In Berlin war die Veranstaltung im großen Saal des Ethnologischen Museums in Dahlem von der Schleicherschen Buchhandlung organisiert, in Hamburg von der Körber-Stiftung. Es folgt eine etwas andere Buchbesprechung.

Von Frank Hahn

Beim ersten - eher flüchtigen - Anlauf zum Lesen des Buches "Nach der Krise" von Roger de Weck schwankt die Reaktion darauf zwischen den Prädikaten "klug, aber nicht neu" und "richtig, aber nicht umwerfend". Dann wird eine Buchvorstellung mit dem Autor selbst angekündigt und man greift erneut zu den 112 Seiten, auf denen nach einem "anderen Kapitalismus" gefragt wird. Es sind tatsächlich die Fragen oder die zu ihnen hinführenden Assoziationen, die das Prädikat klug verdienen. Man stelle sich vor: ein Buch vermeintlich ökonomischen Inhalts beginnt mit einem Zitat von Walter Benjamin, wonach "im Kapitalismus eine Religion zu erblicken" sei, denn "der Kapitalismus dient essentiell der Befriedigung derselben Sorgen, Qualen, Unruhen, auf die ehemals die sogenannten Religionen Antwort gaben". Benjamin spricht dabei von der "religiösen Färbung des Nützlichkeitsdenkens", welches ganz "ohne Dogma" auskomme, da sich die Gläubigen immer nur an das hielten, was jeweils gerade von Vorteil sei. Roger de Weck stellt dazu lakonisch fest, die Krise von 2007 - 2009 habe den Visionär von 1921 nicht widerlegt. Denn gerade der plötzliche Ruf nach staatlichen Rettungspaketen von Seiten der ultra-marktliberalen Bankhäuser habe den Vorrang der Interessen vor dem Dogma schlagend bewiesen.

Staat oder Markt ?

Statt vorgeblicher Rationalität und auf Optimierung gerichteter Vernunft scheinen Riten und Mythen, statt kühler Berechnung scheint schwärmerische Anbetung (z.B. des Marktes) die Eliten des Kapitalismus anzutreiben. Das Buch Roger de Wecks klärt auf, indem es die Paradoxien der kapitalistischen Ideologie benennt und die Gründe erhellt, warum ihre Verheißungen scheitern. So hebt es sich wohltuend von den üblichen "Krisenbestsellern" ab, die ihre Auflage allzu häufig durch Anlagetipps steigern. De Wecks Buch handelt nur vordergründig von Ökonomie, in Wahrheit stellt es die Frage nach den Bedingungen der Möglichkeit des Menschseins in einer liberalen Gesellschaft. Denn liberal - und zwar dezidiert - ist Roger de Weck, deswegen mag seine "Systemkritik" wirkmächtiger ausfallen als die des marxistischen Kritikers.

Mit diesen vom zweiten Leseanlauf geweckten Reflexionen schleicht sich wachsende Neugier ein, den Autor persönlich zu erleben. Vor großem Publikum aus dem Berliner Südwesten vertritt der Schweizer Publizist, Hochschullehrer und ehem. Chefredakteur der ZEIT humorvoll und mit leiser Stimme seine These, warum er an die Möglichkeit eines anderen Kapitalismus glaubt. Er weckt die Sympathie bei den nachdenklichen Menschen, weil er keine großen Lösungen parat hat und dennoch Zuversicht verbreiten möchte. Sein Anliegen sei es, "Spuren zu legen - in der Hoffnung auf eine Grundsatzdebatte". In der Tat: diese Debatte vermissen wir seit Ausbruch der Krise, was sicher auch daran liegt, dass man Antworten zunächst bei den Ökonomen gesucht hat. Diese aber hätten laut de Weck weder eine durchgängige Analyse geliefert noch Auswege formuliert. Lediglich minimale Maßnahmen zur Reparatur des Systems seien ergriffen worden - die Kernschmelze des Systems sei durch den Einbau neuer Ventile, die Reparatur undichter Leitungen, den Austausch der Sicherungen und das Umlegen einiger Hebel beantwortet worden: "ein hektisches Werkeln ohne Ordnungsprinzip".

In der Tat sei mehr geboten als eine ökonomische Analyse - und hier deutet de Weck auf eine der Paradoxien des Systems: "Als Liberaler bin ich irritiert über den Liberalismus - dieser hat immer auf die Eigenverantwortung gepocht, um schließlich in der Krise nach dem Prinzip Fremdverantwortung zu verfahren." Letztlich also geht es bei der Krise nicht um Geld, sondern um Wahrhaftigkeit - schon andere System sind an ihren Lügen zerbrochen, könnte man sagen. Nun wird der Kapitalismus so schnell nicht zerbrechen, dafür sorgt schon die Alternativlosigkeit. Auch dieses Zitat stammt aus dem Munde des LIBERALEN de Weck: "Dem Kapitalismus ist es schlecht bekommen, dass der Kommunismus weg gebrochen ist". Die Folge seien eine selbstgefällige Oberschicht und eine Globalisierung, die aus dem Gleichgewicht geraten sei, was die ursprüngliche Idee des Liberalismus auf den Kopf gestellt habe. Eine liberale Wirtschaftsordnung verlange in Wahrheit einen starken Staat, wie es seinerzeit der "Neoliberale" Walter Rüstow formuliert hatte. Insofern sei der Kampfbegriff "Neoliberalismus" eigentlich irreführend und sollte nach Meinung de Wecks durch den Begriff des Ultraliberalismus ersetzt werden. Dieser nämlich habe jahrelang den Staat zermürbt und schlecht geredet, so dass in der Konsequenz die Besten und Klügsten sich dem Staatsdienst verweigert hätten und schließlich ein massiver Schwund an Kompetenz zur Schwächung des Staates geführt habe. Wörtlich heißt es dazu im Buch:

"Der Staatsgewalt fehlt es an Kraft, Kompetenz und Unabhängigkeit, Eigenverantwortung von denjenigen einzufordern, die diese Eigenverantwortung vor der Krise zum obersten Prinzip einer freien Gesellschaft erklärt haben. Die meisten westlichen Regierungen verharren im Bann der Ultraliberalen, die den Staat erst einschüchterten und nun ausbeuten. Letzteres gelingt ihnen umso leichter, als sie in vielen Ländern die Verwaltung zermürbt haben. Wenn wichtige Ämter und Aufsichtsbehörden bewusst unterdotiert und Beamte unterbezahlt werden, resignieren oder gehen die Fähigsten. Den Staat hat man so lange schlecht gemacht, bis begabte Nachwuchskräfte den Staatsdienst mieden und in der Tat der Leerlauf, das Unvermögen und die Bürokratie zunahm: eine selbst erfüllende Prophezeiung. Im zurückliegenden Vierteljahrhundert erlitten Politik und Verwaltung einen herben Verlust an Kompetenz. Das war Absicht, der Erfolg systematischer Diffamierung demokratischer Institutionen." Und weiter heißt es: "Der Ultraliberalismus wollte den Staat schwächen, um die Wirtschaft zu stärken. Damit schwächte er

beide."

Denn nun konnten die Verursacher der Krise - die "Generation Kasino" - dem Staat den Großteil IHRER EIGENEN Verluste aufbürden: "Das Gemeinwesen verkam zur Giftmülldeponie für "toxische" Papiere, während die Kasinospieler werthaltige Wertschriften behielten." Unterdessen werde bereits wieder kräftig, suchtvoll und provokativ gezockt, wie de Weck richtig beobachtet hat.

Die Alternative laute eben nicht Markt oder Staat, vielmehr sei die pragmatisch abgewogene, jeweils adäquate Mischung gefordert. Roger de Weck bringt dies auf die einfache Formel: "Der schwache Staat reguliert viel, aber schlecht, während ein starker Staat es sich leisten kann, wenig zu regulieren, das aber kompetent". Der Autor plädierte in diesem Sinne eindringlich für die Entideologisierung der Diskussion um das Verhältnis von Staat und Markt. Nach welchen Kriterien solle nun aber dieses Verhältnis neu justiert werden? Mit Sicherheit gelte hier nicht allein der Maßstab von Effizienz, oder Gewinnmaximierung - vielmehr sei die Beurteilung des ökonomischen Geschehens einzubetten in eine - noch einmal sei es gesagt - komplexe Gesellschaftsanalyse der Bedingungen des Menschseins. Dies bedeutet, die Frage nach der demokratischen Entwicklung, der Möglichkeiten der Mitwirkung der Menschen, der Bindung des Eigentums an das Gemeinwohl, die Möglichkeit der Überwindung von Ich-Bezogenheit in die Überlegungen mit einzubeziehen.

Woher nimmt Roger de Weck die Zuversicht, dass die Gesellschaft sich in diese Richtung entwickeln könnte? Zwei Denker sind vor allem zu nennen, die sein theoretisches Maßnehmen an gesellschaftlichen Vorgängen geprägt haben: der vor zwei Jahren verstorbene Aufklärer, Menschenfreund und Wirtschaftswissenschaftler Claus Noe (s. Solon-line: Nachruf auf Claus Noe), dem das Buch gewidmet ist, sowie der Reformler aus der Dubcek-Ära Ota Sik (gest. 2004). Letzterer hat nach dem Ende des Prager Frühlings an der Universität St.Gallen gelehrt, wo Roger de Weck zu seinen Studenten gehörte. In seinem Buch beruft er sich auf Ota Siks Modell einer Wirtschaftsdemokratie, in der das Nebeneinander privater Kleinfirmen und großer "Mitarbeitergesellschaften" (MAGs) Grundlage einer deutlich reformierten Eigentümerstruktur wäre. Die innere Organisation der MAGs ginge über das deutsche Modell der Mitbestimmung weit hinaus, denn neben der Gewinnbeteiligung seien die Mitarbeiter an den Entscheidungen der Unternehmensführung unmittelbar beteiligt und könnten auch Aufsichts- und Verwaltungsräte direkt wählen. Dieses Prinzip der Partizipation habe Sik in seiner politisch-ökonomischen Theorie auf die gesamte Bevölkerung ausgedehnt. In einer breiten öffentlichen Diskussion würden Fachleute und Interessenvertreter (die als solche dann erkennbar seien) verschiedene wirtschaftspolitische Varianten zur Debatte stellen. Am Ende würden die "Wirtschaftsbürger" dann über die verschiedenen vorgeschlagenen Maßnahmenpakete abstimmen. De Weck kommentiert diese fast vergessenen Diskussionsbeiträge der 70er und 80er Jahre so: "Eine stärkere Mitsprache des Volks drängt sich auf, nachdem die Finanzelite versagt hat. Ohne politische Reformen wird es keinen anderen Kapitalismus geben."

Und der Politiker?

Vielleicht liegt hierin der Grund für den Unwillen der politischen Klasse, eine umfassende Diskussion über die Ursachen der Krise zu führen. Die beinahe unbefangene erscheinende Zuversicht eines Roger de Weck sowie sein fröhliches Urvertrauen in eine besondere europäische Variante des Kapitalismus (im Sinne Siks oder Noes) finden jedenfalls wenig Gegenliebe in einer politischen Klasse, die auf die globale Krise mit einer Mischung aus handwerklich geglückten Feuerwehreinsätzen und Hilflosigkeit reagiert hat. Konzepte über den Tag und über die Finanzpolitik hinaus sind bisher nicht gesichtet worden - sie würden als neue Demokratieentwürfe eben auch mehr in Frage zu stellen haben als das Gebaren der Finanzeliten. Exemplarisch zeigte sich dies an dem zweiten Podiumsteilnehmer des Abends, dessen konstruktiver Beitrag zum Thema nicht recht deutlich werden wollte: Joschka Fischer. Mangelnden Sachverstand wusste dieser, das Rampenlicht des öffentlichen Podiums sichtlich genießend, wieder einmal durch narzisstische Selbstinszenierung auszugleichen. Vielleicht erklärt Fischers peinliche Koketterie mit seinem eigenen Alterungsprozess seine Rhetorik des Unvermeidlichen oder der "Sachzwänge". So verteidigte er kaltschnäuzig die Deregulierungsmaßnahmen der seinerzeitigen rot-grünen Bundesregierung, durch die sich u.a. die berühmt-berüchtigten "Heuschrecken" auf den Finanzmärkten ausbreiten konnten, mit dem Hinweis auf die Zahl von damals 5 Millionen Arbeitslose und die hohe Staatsverschuldung. Deutschland sollte "fit gemacht werden für die Globalisierung" - letztlich durch die Entsorgung der sozialen Marktwirtschaft zugunsten eines ultraliberalen angelsächsischen Finanzkapitalismus. Die Genossen der Bosse eigneten sich in ihrer Machtverliebtheit bestens für diesen Paradigmenwandel - daran hat die Figur Fischers noch einmal erinnert. So überrascht es nicht, wenn Fischer sich an de Wecks Suche nach einem "anderen Kapitalismus" nicht beteiligt. Die einzig denkbare Alternative sei für den Alt-Grünen lediglich das chinesische Modell eines autoritären Kapitalismus - "und das wollen wir ja wohl alle nicht." Damit wäre eigentlich die Diskussion beendet, aber den gnadenlosen "Realo" reitet an diesem Abend der Teufel oder vielleicht der Ackermann. Joschka wollte jedenfalls noch Zeugnis ablegen dafür, dass sich die Grünen tatsächlich zur Partei der besser Verdienenden gemausert haben. So sang er auf Hartz IV und die Deregulierung von Post und Bahn eine Lobeshymne, an der sein gegenwärtiger Nachfolger im Amt des Außenministers seine Freude gehabt hätte. (Es scheinen Entgleisungen vorprogrammiert, wenn Außenminister - amtierend oder nicht - sich innenpolitisch äußern, da sie sich offenbar plötzlich von der amtsmäßigen Übung einer überlegten Wortwahl entbunden fühlen). Von Entgleisungen und anderem "Missgeschick" wie kaputten Weichen, nicht gewarteten Lokomotiven und chronischen Verspätungen, wodurch sich die "deregulierte" Bahn gegenwärtig auszeichnet und gegen die Wand gefahren wird, scheint Herr Fischer nichts zu wissen. Dabei könnte ein Leben - außerhalb von Flugzeug und Luxuslimousine - auf deutschen Bahnstrecken allein aufgrund des Chaos fast "spontihhaft" anmuten.

Ökonomie oder Leben?

Es ist die mangelnde Erdung, die Roger de Weck den Finanzeliten vorwirft. Diesen Mangel exemplifizierte Fischer für die politische Klasse. Zur Wiedergewinnung der Erdung bei den Bankern fordert de Weck ohne Umschweife, Teile des Kasinos zu schließen. Es sei angemerkt, dass diese vollkommen stimmige und rationale Forderung in der Krisenliteratur des Jahres 2009 höchst selten gestellt wird. Wie aber könnte Erdung auf der politischen Ebene gelingen? De Weck setzt auf

die vernunftgemäße Einsicht, dass die Zukunft nur durch Kooperation und nicht durch individuellen Eigennutz zu sichern sei. Klingt dies nicht nach mangelhaft geerdetem Idealismus? Analytisch treffsicher zeichnet de Weck den Verfall der Marktwirtschaft zur Marktgesellschaft nach, in der alle Bereiche des Lebens durchökonomisiert sowie der pure Individualismus zur herrschenden Ideologie avanciert sei. Woher also nimmt er die Zuversicht, dass diese Ideologie womöglich ausgedient haben könnte oder zumindest in die Defensive geraten möge?

Seine zentrale These, dass unter bestimmten Umständen Kooperation vorteilhafter sei als Konkurrenz, untermauert de Weck mit dem Hinweis auf Klimawandel und knapper werdende Ressourcen. Natürlich lässt sich an dieser Thematik das Versagen des freien Marktes und die Notwendigkeit staatlichen Eingreifens besonders augenfällig demonstrieren, denn eine fortschreitende Privatisierung von Ressourcen wie Wasser oder Luft würde die globalen und lokalen Konflikte so dramatisch anheizen, dass sie sich irgendwann in neuen Kriegen entladen müssten. Andererseits würde die reine - staatliche - Verwaltung des Mangels die Demokratie gefährden. Aus diesem Dilemma hatte der bereits erwähnte Claus Noe einen Ausweg formuliert, der grob gesprochen lautete: wenn die Ursachen der Erderwärmung technologischer Natur seien, dann ließen sich die Folgen ebenfalls technologisch meistern. Die Umsetzung dieser These implizierte langfristige Investitionen in Forschung und Innovation und wäre somit eine Absage an die Mangelwirtschaft. Gerade diesen Aspekt hat de Weck in seinem Buch leider vernachlässigt, in dem er ansonsten das entscheidende Argument Noes gegen die Illusion einer "grünen Marktwirtschaft" an hervorgehobener Stelle zitiert. Noes elegante Polemik sollte allerdings beide treffen: Marktwirtschaftler und Grüne, deren beider Ideologien auf der Verknappung lebenswichtiger Güter beruhen, um Machtoptionen zu erweitern. Dies blendet de Weck aus, wenn er eine Begrenzung des Wachstums auf die willkürlich gewählte Ziffer von 1,6% fordert.

Die Jahrzehnte währende Wachstums-Debatte wäre jedoch genauso zu entideologisieren wie die über Markt und Staat. Die Schonung der Ressourcen kann nur dann - unter demokratischen Verhältnissen - gelingen, wenn gleichzeitig neue erschlossen werden. Hier wäre an die Potentiale der Isotopentrennung wie auch der Fusionsenergie zu erinnern, deren Nutzbarmachung jedoch WACHSENDE Ausgaben in Forschung, Entwicklung und Infrastruktur erforderten, die nur eine sich jenseits der Verknappung bewegende Gesellschaft leisten könnte. Wachstum muss nicht immer die wuchernde Produktion von überflüssiger Unterhaltungselektronik, Handys oder Autos bedeuten, sondern kann auch die Anstrengung einer Gesellschaft zur Erschließung neuer Lebens- und Überlebensmöglichkeiten bezeichnen.

Müsste nicht gerade unter Bedingungen knapper Ressourcen die Ökonomie neue Wege beschreiten und die Prämisse der "optimalen Verteilung knapper Güter" ersetzen durch jene der "optimalen Verteilung des Überschusses"? Der schräge Klang dieser Fragestellung resultiert aus der durchgängigen Dichotomie zwischen Ökonomie und Leben. De Weck ahnt davon etwas, wenn er zum Beweis für die Absurdität einer durch und durch ökonomischen Denkweise das menschlichste aller Erlebnisse anführt: die Liebe. Nicht das Leistungsprinzip, sondern das Gefühl der Zusammengehörigkeit in der Freundschaft und der Liebe bildeten das Fundament der Gesellschaft. Man könnte in diesem Sinn de Wecks Buch mit seinen eigenen Worten zusammenfassen:

"Die derzeitige Krise ist eine
Krise des Ökonomismus: jener Denkweise, die alles nach wirtschaftlichen
Gesichtspunkten beurteilt und nur wirtschaftliche Kategorien anerkennt."

Dies
immer und immer wieder auszusprechen - auch gegenüber den Fischers und Westerwelles
dieser Welt - ist so wichtig wie die knappe Luft zum Atmen. Allerdings steht
die wissenschaftliche Leistung einer Überwindung der Dichotomie von Ökonomie
und Leben noch aus. Auch dies hat de Weck implizit in seinem Buch und explizit in
seinem persönlichen Auftritt angemahnt.

Roger de Weck

Nach der Krise -- Gibt es einen anderen Kapitalismus?

112 Seiten, Fester Einband

ISBN-10: 3-312-00454-3

ISBN-13: 978-3-312-00454-6

Bildnachweis: Buchcover mit freundlicher Genehmigung des Verlags.

Weitere Beiträge von Frank Hahn finden Sie hier.